

Arbeitskräfteangebot: Vielfältige Potenziale im Ostseeraum

Aufgrund des demografischen Wandels sind die Staaten im Ostseeraum jetzt und in den nächsten Jahrzehnten mit Bevölkerungsalterung und -schrumpfung konfrontiert. Zudem steigt im Zuge des wirtschaftsstrukturellen Wandels die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften. Für Innovationsdynamik, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliches Wachstum des Ostseeraumes rückt daher ein Faktor zunehmend in den Fokus: Umfang und Qualifikation der aktuellen und potenziellen Arbeitskräfte. Das HWWI hat im Rahmen eines Forschungsprojektes des Baltic Sea Region Programme 2007–2013 (QUICK – Innovative SMEs by Gender and Age) die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern in Ostsee-Anrainerstaaten und Norwegen mit Daten des Labour Force Survey untersucht und ungenutzte Potenziale quantifiziert. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf Frauen und Ältere. *Von Nora Reich und Christina Boll*

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 74 Jahren besteht nach dem ILO Konzept und Eurostat aus Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) sowie Nichterwerbspersonen. Herkömmlicherweise richtet sich der Blick beim Aufspüren zusätzlicher potenzieller Arbeitskräfte zuallererst auf die Erwerbslosen. In Zeiten knapper Fachkräfte und rückläufiger Bevölkerungszahlen dient eine erweiterte Sicht auf das Arbeitskräftepotenzial dazu, auch aus anderen Gruppen der heimischen Bevölkerung der EU-Länder heraus rekrutierbare Arbeitskräftepotenziale zu identifizieren. So ist unter den Nichterwerbspersonen eine große Gruppe an Personen zu finden, die einen Erwerbwunsch haben und diesen durch aktive Suchanstrengungen oder Verfügbarkeit untermauern. Diese Personen werden als potenziell Aktive bezeichnet: Sie setzen sich zusammen aus der Gruppe der arbeitssuchenden, aber nicht sofort verfügbaren Personen sowie der Personen, die zwar sofort verfügbar, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht auf der Suche nach einer Stelle sind. Zugleich gibt es nach dem ILO-Konzept und Eurostat auch un-

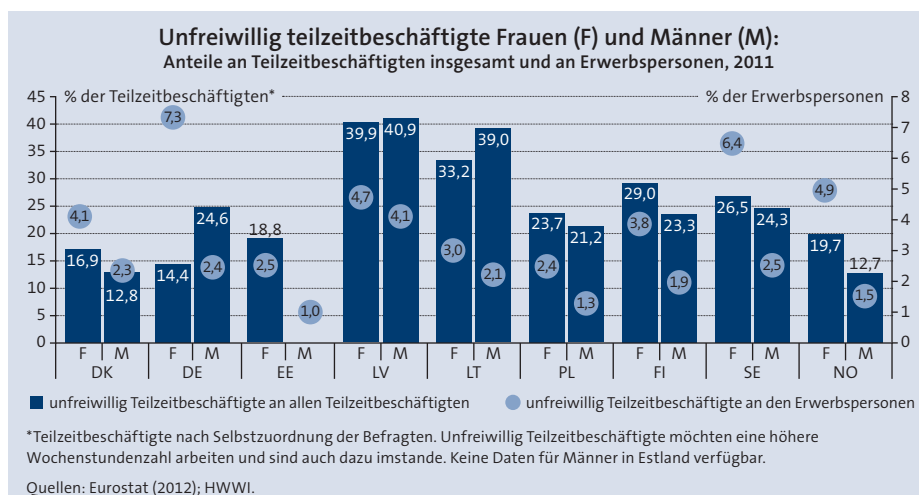
ter den Erwerbstätigen nennenswerte Anteile von Unterbeschäftigung. Als unterbeschäftigte Aktive werden erwerbstätige Personen angesehen, die den Wunsch nach Aufstockung ihrer Arbeitsstunden haben und diesen auch sofort umsetzen könnten. Die Unterbeschäftigung liefert Hinweise auf Steigerungspotenziale beim gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen.

Teilzeitarbeit spielt in Deutschland eine große Rolle – diese Erkenntnis ist nicht neu. Im Jahr 2011 hatten beschäftigte Frauen in Deutschland mit 45,4 % die mit Abstand höchste Teilzeitquote, gefolgt von Schwedinnen (36,0 %) und Däninnen (32,2 %). Demgegenüber spielte Teilzeit in den baltischen Staaten und Polen eine geringe Rolle; dort gingen weniger als 14 % der erwerbstätigen Frauen und Männer dieser Form der Beschäftigung nach. Allerdings waren, wie folgende Abbildung 1 auf der linken Achse zeigt, in Lettland und Litauen mit 33–41 % hohe Anteile der teilzeitbeschäftigten Frauen (F) und Männer (M) unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Auch in Finnland, Schweden sowie unter deutschen Män-

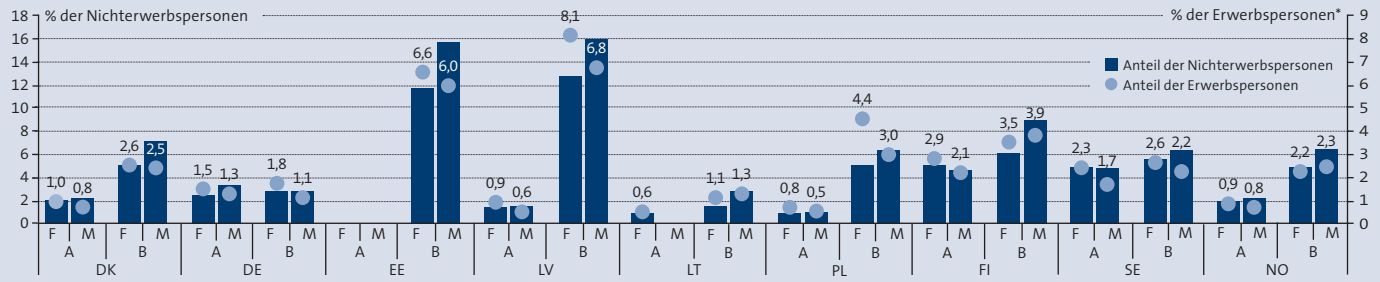
nern würde ein nennenswerter Teil der Teilzeitbeschäftigten lieber eine Vollzeitstelle ausüben. Die geringste Bedeutung hat unfreiwillige Teilzeit im Ländervergleich für norwegische und dänische Männer sowie deutsche Frauen. In allen Ländern außer Deutschland und Litauen sind Frauen zudem in höherem Maße von unfreiwilliger Teilzeit betroffen als Männer.

Bezogen auf den Anteil an den Erwerbspersonen zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Abbildung 1 weist auf der rechten Achse den Anteil unfreiwillig teilzeitbeschäftigter Männer und Frauen an den Erwerbspersonen aus und gibt auf diese Weise Hinweise auf nennenswerte Potenziale zur Steigerung des Arbeitsvolumens. So zeigt sich, dass die unfreiwillig teilzeitbeschäftigten Frauen 7,3 % der weiblichen deutschen Erwerbspersonen stellen. Auch in Schweden und Norwegen ließe sich das Arbeitsvolumen nennenswert erhöhen, erhielten die betreffenden Frauen Vollzeitstellen. In Lettland arbeiten zwar nicht viele Frauen und Männer Teilzeit; jene, die es tun, tun es aber in hohem Maße unfreiwillig, sodass auch sie mehr als jeweils vier Prozent der lettischen Erwerbspersonen stellen.

Der Anteil der Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 74 Jahren liegt zwischen etwa 29 % in Schweden und Norwegen und knapp 40 % in Polen. Der Anteil ist bei Frauen in allen untersuchten Ländern deutlich höher als bei Männern, wobei der geschlechtsspezifische Anteilsunterschied mit 17,8 Prozentpunkten in Deutschland am höchsten ausfällt. Die höchsten Bevölkerungsanteile mit über 45 % haben inaktive Frauen in Deutschland, Lett-



Potenziell aktive Frauen (F) und Männer (M) unter den Nichterwerbspersonen: Erwerbstätigen- und Nichterwerbstätigenanteile, 2011



A: Arbeitssuchend, aber nicht sofort verfügbar; B: Sofort verfügbar, aber nicht arbeitssuchend. Potenziell Aktive sind gemäß Eurostat-Klassifikation 15- bis 74-jährige Personen, die weder als erwerbstätig noch als erwerbslos zählen und entweder obiger Gruppe A oder B angehören. *Angegeben ist der Anteil, um den die Erwerbspersonenzahl stiege, würden die betreffenden Personen dieser zugeordnet. Für Estland und Litauen sind Daten nur teilweise verfügbar. Quellen: Eurostat (2012); HWWI.

land und Polen. Dänische, schwedische und norwegische inaktive Männer weisen mit jeweils unter 27 % hingegen die niedrigsten Anteile auf.

Vier Fünftel der inaktiven Frauen in den baltischen Staaten und Polen sowie der Männer in Deutschland verfügen über ein mittleres oder hohes Bildungsniveau. Allein Akademikerinnen stellen in Finnland und Estland jeweils rund ein Drittel der inaktiven Frauen. Allerdings können nicht alle inaktiven Personen sofort arbeiten beziehungsweise sind aus unterschiedlichen Gründen nicht auf der Suche nach einem Job. Gefragt nach den Gründen für ihre Inaktivität, stellen familienbedingte Verpflichtungen für Frauen in allen Ostseeanrainerstaaten mit Ausnahme der skandinavischen Länder ein Hauptmotiv dar. Dies verweist auf signifikante Spielräume zur Arbeitskräftesteigerung durch Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Zusätzlich sind die nennenswerten Teile der Nichterwerbspersonen bereits durch ihre Verfügbarkeit oder Suchaktivitäten als bedingt arbeitsmarktnah einzustufen.

In Abbildung 2 ist auf der linken Achse der Anteil der potenziell Aktiven an allen Nichterwerbspersonen abgetragen. Demnach ist der Anteil der sofort verfügbaren, aber nicht arbeitssuchenden Personen in Estland und Lettland mit Anteilen zwischen 11,7 % (estnische Frauen) und 16,0 % (lettische Männer) deutlich höher als in den anderen untersuchten Ländern. Der in Abbildung 2 auf der rechten Achse abgetragene Anteil an den Erwerbspersonen ist nicht als Anteil im herkömmlichen Sinne zu verstehen (da die Nichterwerbspersonen definitionsgemäß

kein Teil der Erwerbspersonen sind). Vielmehr gibt der Anteil an, um wieviel Prozent die Erwerbspersonenzahl steigen könnte, wenn die potenziell Aktiven mitgerechnet würden. So fiel etwa die Erwerbspersonenzahl in Estland und Lettland um 6,0 bis 8,1 % höher aus, wenn sofort für den Arbeitsmarkt verfügbare, aber nicht arbeitssuchende Männer und Frauen berücksichtigt würden. Auch polnische Frauen dieser Gruppe könnten mit 4,4 % einen nennenswerten Beitrag leisten. Für die Analyse des zusätzlichen Arbeitskräftepotenzials unter Nichterwerbspersonen zeigt sich außerdem länderübergreifend, dass das Verfügbarkeitskriterium höhere Bedeutung als die Suchaktivität hat.

Ein gewaltiges Erwerbspersonenpotenzial birgt ferner die Gruppe der Erwerbslosen. Erwerbslose Personen gingen nach dem ILO-Konzept und Eurostat in der Berichtswoche keiner Beschäftigung nach, sind aber sowohl auf der Suche nach einem Job als auch sofort verfügbar. Die baltischen Staaten wiesen im Jahr 2010 mit 18,7 % (Lettland), 17,8 % (Litauen) und 16,9 % (Estland) überdurchschnittliche Erwerbslosenquoten für den Ostseeraum auf. In den übrigen Ländern lag sie zwischen 7,1 % (Deutschland) und 9,6 % (Polen). Dabei war sie in allen Ländern außer Polen bei Männern etwas höher als bei Frauen. Bedenkt man, dass bereits eine einstündige Erwerbstätigkeit in der Berichtswoche genügt, um aus der Erwerbslosenzählung herauszufallen, stimmen die Zahlen bedenklich.

Die Analyse nach Altersgruppen zeigt, dass in allen Ländern die jungen Leute (15 bis 24 Jahre) am häufigsten von Erwerbslosigkeit

betroffen waren. Die Jugenderwerbslosigkeit war am höchsten in Litauen (32,9 %), Lettland (29,1 %), Polen (25,8 %) und Schweden (22,9 %). In Deutschland, Lettland und Litauen war zudem die Erwerbslosenquote in der ältesten Altersgruppe (50 bis 64 Jahre) höher als in der mittleren (25 bis 49 Jahre). Der die baltischen Staaten kennzeichnende hohe Anteil Langzeit-Erwerbsloser an den Erwerbspersonen begründet jedoch Zweifel an der tatsächlichen Vermittelbarkeit dieser Menschen in den Arbeitsmarkt.

In den Ländern des Ostseeraums bestehen vielfältige Möglichkeiten, das Arbeitsangebot auszudehnen, um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und langfristigen Wohlstand zu sichern. Geeignete Maßnahmen setzen herkömmlicherweise an den Erwerbslosen an, aber auch die laut ILO-Konzept als „stille Reserve“ bezeichneten potenziell Aktiven sowie unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte bergen nennenswerte Potenziale. Allerdings ist diese Potenzialanalyse nicht erschöpfend: Hinzu kommt, dass auch unter den derzeit nicht als „unfreiwillig“ klassifizierten Teilzeitkräften, namentlich unter jenen mit Familienaufgaben, vermutlich größere Personenkreise auf vollzeitnahe Teilzeit oder Vollzeit zu wechseln bereit wären, wenn die Rahmenbedingungen dies zulassen würden. Dieser noch weiter gefassten Potenzialanalyse gebührt erhöhtes Augenmerk.

STUDIE

Biermann, U.; Boll, C.; Reich, N.; Stiller, S. (im Erscheinen, Arbeitstitel): Untapped resources of women and elderly in Baltic Sea Region countries in the context of regional economic and demographic trends. Baltic Sea Academy (No. 9/10).

Kultur in Hamburg – Ein Blick auf die öffentlich finanzierten Leistungen und das freiwillige bürgerliche Engagement

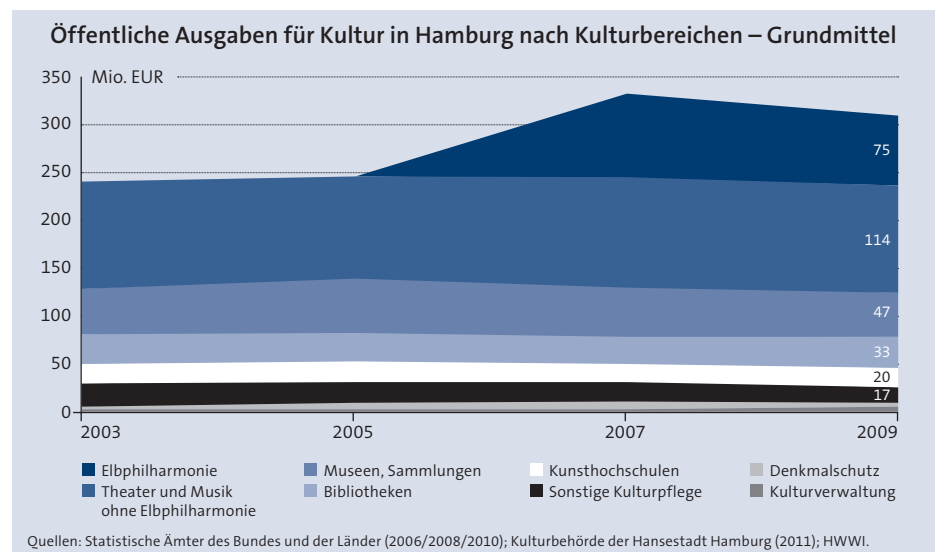
In Hamburg ist jeder vierzehnte Erwerbstätige in der privatwirtschaftlichen Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt. Mit etwa 11.500 Erwerbstätigen arbeitete 2009 jeder sechste von ihnen in den Bereichen Darstellende Kunst, Musik oder Bildende Kunst. Hier stellen auch die öffentliche Hand, Hamburger Stiftungen und Vereine alternative oder ergänzende Angebote bereit und schaffen damit weitere 3.200 Arbeitsplätze. Die Bedeutung des öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements für das kulturelle Angebot in der Hansestadt untersuchte das HWWI im Rahmen des Kreativwirtschaftsberichts 2012. Aktuell ist ein Policy Paper zum gleichen Themenkreis erschienen. Von Dörte Nitt-Drießelmann

Wenn in Hamburg über öffentliche Gelder in Verbindung mit dem Bereich Kultur berichtet wird, geht es meist um den Bau der Elbphilharmonie und die damit verbundenen voraussichtlichen Gesamtkosten für den Hamburger Steuerzahler. Aktuell liegt die Spannweite der Kostenschätzungen der verschiedenen Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft zwischen 323 Mio. Euro und 500 Mio. Euro bis zum derzeit noch nicht absehbaren Fertigstellungsdatum.

Mit dem Bau dieses neuen Konzerthauses hat Hamburg zwar eine in Deutschland einmalige Schwerpunktsetzung auf ein einzelnes Projekt vorgenommen, ist dabei jedoch der bisherigen Ausrichtung der Kulturpolitik treu geblieben. Traditionell liegt das Schwergewicht der Ausgaben in Hamburg auf dem Bereich Darstellende Kunst (Theater) und Musik. Hierhin floss und fließt (ohne Einbeziehung der Kosten für die Elbphilharmonie) fast die Hälfte aller öffentlichen Gelder. Dabei erbringt der öffentliche Kultursektor nicht nur eigene kulturelle Leistungen, sondern fördert und unterstützt auch ausgegliederte sowie privatwirtschaftliche Unternehmen.

Die mit öffentlichen Geldern geförderten Einrichtungen tragen in unterschiedlichem Maße mit Eigeneinnahmen zu ihrer Finanzierung bei. 2009 konnte beispielsweise das Schauspielhaus 20 %, die Staatsoper 27 %, die Fabrik 68 % und die Markthalle 74 % ihrer Kosten durch eigene Einnahmen decken.

Der tatsächliche Zuschussbedarf (Grundmittel) der Hansestadt für den Bereich Theater und Musik lag 2009 (ohne Einbeziehung



der Kosten für die Elbphilharmonie) bei 114 Mio. Euro. Es folgten mit großem Abstand die Museen und Sammlungen (47 Mio. Euro). Insgesamt flossen somit zwei Drittel der öffentlichen Gelder von insgesamt 253 Mio. Euro in die Bereiche Darstellende Kunst, Musik und Bildende Kunst. Das letzte Drittel der öffentlichen Zuschüsse verteilte sich auf die Bibliotheken (33 Mio. Euro), die Kunsthochschulen (20 Mio. Euro), die Sonstige Kulturpflege (17 Mio. Euro), den Denkmalschutz (4 Mio. Euro) und die Kulturverwaltung (5 Mio. Euro). Insgesamt sind seit Beginn des Baus der Elbphilharmonie die Aufwendungen der Hansestadt für den Bereich Kultur (ohne Einbeziehung der Kosten für die Elbphilharmonie) in etwa konstant geblieben.

Neben der Privatwirtschaft und dem Staat ist der intermediäre Sektor angesiedelt. Er bezeichnet den Bereich, in dem gemeinnützige Organisationen Leistungen und Dienste im öffentlichen Interesse und für das

allgemeine Wohl erstellen. Zum intermediären Sektor gehören zum Beispiel Vereine, Verbände, gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Stiftungen. Er wird in weiten Teilen vom freiwilligen bürgerlichen Engagement getragen und stellt einen wichtigen Bestandteil der kulturellen Infrastruktur dar. Da die Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen privatem, öffentlichem und intermediärem Kultursektor vielfältig sind, hängt die Positionierung Hamburgs als Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft von der Ausgestaltung aller drei Sektoren ab.

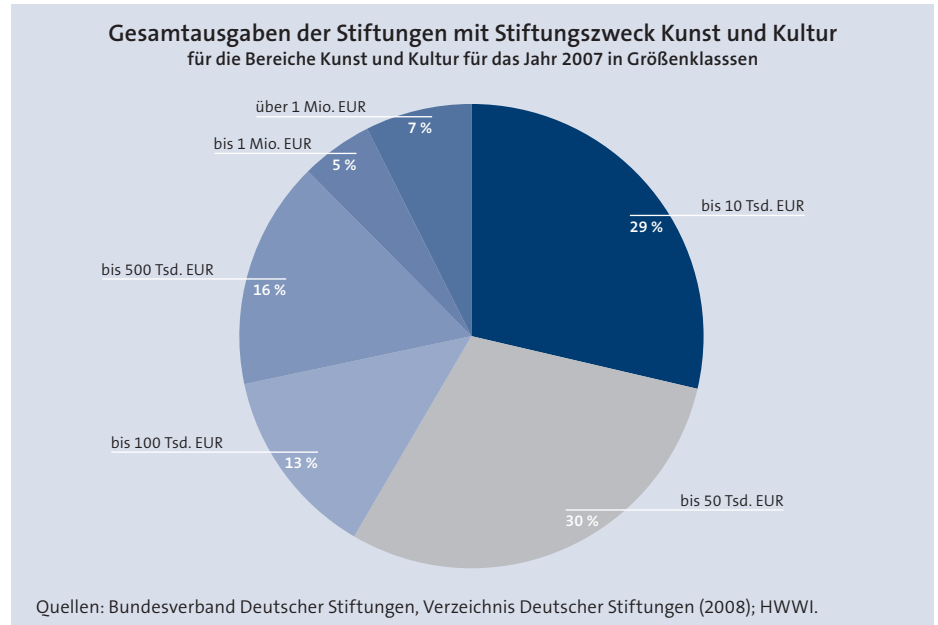
In keinem Bundesland gibt es mehr Stiftungen pro 100.000 Einwohner als in Hamburg. Die Zahl der Bürger, die durch die Gründung einer Stiftung dauerhaft Verantwortung für gesellschaftliche Belange im Bereich der Kunst und Kultur übernehmen, wächst. Eine der Neugründungen aus dem Jahre 2005 widmete sich dabei rein zweckgebunden der Gewinnung von Spen-

den und Zustiftungen für Hamburgs neues Konzerthaus. Bis 2011 wurden von der Stiftung Elbphilharmonie 68,7 Mio. Euro eingeworben, von denen 57,5 Mio. Euro in den Bau fließen und damit die öffentliche Hand in erheblichem Umfang entlasten.

Wie viele Stiftungen in Hamburg kulturelle Belange mit welchem Volumen fördern, kann nicht beziffert werden. Daher wurden die Fördervolumina auf Basis verschiedener Datenquellen vom HWWI geschätzt. Bekannt ist, dass das jährliche Fördervolumen der Stiftungen mit Stiftungszweck Kunst und Kultur bei den meisten Stiftungen gering ist. Es liegt bei knapp 30 % der Stiftungen unter 10.000 Euro, bei etwa 60 % der Stiftungen unter 50.000 Euro. Insgesamt schätzt das HWWI das Stiftungsvolumen der Stiftungen, die jährlich weniger als 1 Mio. Euro zweckgebunden in den Bereich Kunst und Kultur fließen lassen, für Hamburg auf etwa 10 Mio. Euro.

Hinzu kommen die Aufwendungen der bedeutendsten Hamburger Kulturstiftungen. Eine Befragung durch die Kulturbehörde Hamburg im Jahr 2011 ergab, dass die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius kulturelle Belange in Hamburg seit vielen Jahren mit einem Betrag zwischen 3 Mio. Euro bis 4 Mio. Euro fördert. Die Körber-Stiftung wendete hierfür in den letzten fünf Jahren einen jährlichen Betrag zwischen 1,5 Mio. Euro und 2 Mio. Euro auf, während sich die Hermann Reemtsma Stiftung mit Beträgen zwischen 1 Mio. Euro und 2 Mio. Euro engagiert. Die Unterstützungsleistungen der Alfred Töpfer Stiftung belaufen sich auf etwa 250.000 Euro jährlich.

Insgesamt summieren sich die Zuwendungen aller Hamburger Stiftungen für kulturelle Belange vor Ort auf mindestens 18 Mio. Euro jährlich. Meist werden mit den Geldern Pilot- oder Nischenprojekte unterstützt, Stipendien vergeben oder Preise verliehen. Auch Kultureinrichtungen werden dauerhaft in Eigenverantwortung betrieben. Da die Förderschwerpunkte stark von den persönlichen Neigungen der



Stifter abhängen, ergänzen sie die Angebote des öffentlichen Sektors, ersetzen sie jedoch nicht.

Im Vergleich zum bürgerlichen Engagement ist der Beitrag der Stiftungen für den intermediären Kultursektor der Hansestadt jedoch eher unbedeutend. In Hamburg gibt es etwa 65.000 Bürger, die meist in Vereinen und im unbezahlten Ehrenamt Aufgaben, Tätigkeiten und Funktionen übernehmen, ohne die viele kulturelle Angebote nicht verwirklicht werden könnten. Der Betrieb kirchlicher Büchereien, die Arbeit in Kunstvereinen, Kulturzentren und Fördervereinen sowie in Amateurtheatergruppen oder Chören könnten ohne diese engagierten Bürger nicht gemanagt werden. Insbesondere in der Darstellenden Kunst und in der Sparte Musik nehmen Laienkultur und Brauchtum einen großen Raum ein.

Schätzungen des HWWI ergeben, dass in Hamburg jährlich etwa 10 Mio. Stunden im Kulturbereich von Ehrenamtlichen geleistet werden. Hierbei handelt es sich um eine sehr vorsichtige Bewertung, da kulturelles Engagement, das in den Aktivitätsfeldern Religion/Kirche und Jugendarbeit/Bildung stattfindet, nicht einberechnet wurde. Der Großteil dieser 10 Mio. Stunden wird nicht vergütet, sondern von den Eh-

renamtlichen gespendet. Würde jede dieser unentgeltlich geleisteten Stunden mit den durchschnittlichen Bruttolöhnen je geleisteter Arbeitnehmerstunde bei den sonstigen Dienstleistern von 18,16 Euro (2. VJ 2012) entlohnt, ergäbe sich ein monetarisiertes Zeitspendevolumen für den Hamburger Kulturbereich von mehr als 180 Mio. Euro. Dies entspräche in der Summe etwa 75 % der Ausgaben, die die öffentliche Hand jährlich in Hamburg (ohne Einbeziehung der Kosten der Elbphilharmonie) tätigt. Hinzu kommen weitere 15 Mio. Euro Mitgliedsbeiträge, die jährlich in die Hamburger Vereine und gemeinnützigen Organisationen des Kulturbereichs fließen.

STUDIE

Nitt-Drießelmann, D.; Wedemeier, J.; Stiller, S. (2012): Kultur- und Kreativwirtschaft in Hamburg: Privater, öffentlicher und intermediärer Sektor in Zahlen, *HWWI Policy Paper 68*. Download der Studie unter: www.hwwi.org (Publikationen, HWWI Policy). Hier finden Sie ergänzend ausführliche Analysen zum kulturellen Engagement des NDR und der christlichen Kirchen in Hamburg sowie Schätzungen zum Spenden- und Sponsoringvolumen in der Hansestadt.

Nitt-Drießelmann, D.; Stiller, S.; Wedemeier, J. (2012): Kreativwirtschaftsbericht 2012 für Hamburg, Teilbericht 1 „Die statistische Analyse“. Die Studie steht als Download im Internet zur Verfügung unter: www.kreativgesellschaft.org/kreativwirtschaftsbericht/.